

Konstituante in Rußland.

Von Dr. Hans Hebersberger.

Professor für Geschichte Osteuropas an der Wiener Universität.

Nichts charakterisiert die Stellung der Revolutionsregierung in Rußland so sehr wie das Versprechen der Einberufung einer „konstituierenden Versammlung, die, auf dem allgemeinen Stimmrecht beruhend, eine Regierung einrichtet und eine Verfassung annehmen soll“. Der nach dem Thronverzicht des Zaren für sich und seinen Sohn nach den bisherigen Staatsgrundgesetzen nächste Thronanwärter Großfürst Michael Alexandrowitsch geht sogar noch weiter. Er erklärt, die höchste Macht nur unter der Bedingung anzunehmen, daß dies der Wille des Volkes ist, indem das Volk durch ein Plebiszit, ausgedrückt durch seine Repräsentanten in einer konstituierenden Versammlung, die Regierungsform und die neue Verfassung des russischen Staates festsetzen muß“. Und während die provisorische Regierung von dem „allgemeinen Stimmrecht“ spricht, definiert er ausdrücklich, daß die konstituierende Versammlung durch „allgemeine, direkte, gleiche und geheime Abstimmung“ gewählt werden müsse. Dieses Wahlrecht erhielt in der Revolutionsperiode von 1905 das Schlagwort des „vierchwänzigen“. Vierchwänziges Wahlrecht und Konstituante waren damals die Losung des radikalsten Flügels der ganzen Bewegung.

Die Forderung nach einer Konstituante auf Grund dieses allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechtes wurde der Regierung und dem Zaren gegenüber zum ersten Male in jener Petition erhoben, die die von Gapon geführten Volksmassen am 9./22. Januar 1905 (dem roten Sonntag) dem Zaren überreichen wollten. Die sozialdemokratische russische Publizistik war es vor allem, die nach dem Muster der französischen Konstituante von 1789 bis 1791 eine ähnliche russische Konstituante einberufen wissen wollte. Einer der Führer der menschewistischen Fraktion der russischen Sozialdemokratie, S. Dan, nahm in einer Broschüre diese Forderung vom 9./22. Januar 1905 auf und begründete sie ausführlich als Parteiforderung der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Der Zar und

die Tschinowniks mühten bei der Beschlußfassung der Konstitution vollständig ausgeschaltet werden, verlangte Dan, auch die von der Intelligenz und den besitzenden Klassen gewählten Volksvertreter würden die Rechte des besitzlosen und ungebildeten Volkes nicht entsprechend wahren. Von den bürgerlichen revolutionären Gruppen hat der „Bund der Befreiung“ mit seinem in Stuttgart erscheinenden und von Peter Struwe redigierten Organ („Dewoboschewe“) nur ganz im Beginne der Bewegung von einer „konstituierenden Versammlung“ gesprochen. Die konstitutionellen Demokraten, die aus dem „Bunde der Befreiung“ und der Gruppe der „konstitutionellen Semstwo männer“ als Partei sich gebildet haben und nach den Anfangsbuchstaben K und D bald als Kadetten bezeichnet wurden, haben diese Forderung nicht einmal in ihr erstes Parteiprogramm aufgenommen. Dabei war dieses Parteiprogramm, da die gründende Sitzung der Kadettenpartei gerade in die Tage des Oktoberstreiks fiel, äußerst radikal. Der sozialdemokratische Historiker Martynow hat von diesem Programm gesagt, „daß es jene äußerste Grenze der Demokratie darstellt, die die russischen Liberalen weder vorher noch nachher jemals erreicht haben“. Der Punkt 13 jenes Parteiprogramms, der da lautet: „Der konstitutionelle Aufbau des russischen Reiches wird durch ein Grundgesetz bestimmt“, läßt ebensogut eine Republik als eine Monarchie zu. Es enthält weiter zwar die Forderung des vierchwänzigen Wahlrechtes, läßt aber die Frage, ob Ein- oder Zweikammersystem, offen. Allerdings ging die Entwicklung bald so, daß unter dem Einflusse der revolutionären Ereignisse vom Oktober bis Dezember für viele das Programm der konstitutionell-demokratischen Partei zu gemäßigt, wie es für andere zu radikal war. Auf Grund dieses Programms und dank des Boykotts der Wahlen in die erste Duma durch die Sozialdemokratie sind die Kadetten auch mit 179 von 478 Abgeordneten, die die erste Duma bei ihrer Auflösung vom 8. Juli 1906 zählte, in das Taurische Palais eingezogen. Ihre Haltung aber enttäuschte die nach links stehenden Parteien, vor allem die Sozialdemokratie. So kam es, daß die Sozialdemokratie nach der Verjaugung der ersten Duma mit deutlichen Angriffen auf die Taktik der Kadetten sofort wieder höchst nachdrücklich die Forderung einer Konstituante von neuem erhob. Die Wahlen in die zweite Duma vollzogen sich von dieser Seite mit deutlicher Kampfstellung gegen die Kadetten. So kam es, daß diese unter 505 Abgeordneten der zweiten Duma, die bis zur Auflösung derselben ihren Sitz einnahmen, nur mehr 91 Parteiangehörige zählten.

In der dritten Duma spielten die Kadetten nur mehr dank ihrer geistigen Potenz eine Rolle; der Staatsstreich vom 30./16. Juni 1907 mit seinem neuen Wahlrecht hat ihnen zu der Abkehr der radikalen Elemente anlässlich ihrer Taktik in den ersten zwei Dumas nun auch durch die Einschränkung des Wahlrechtes ihre Wahlmöglichkeiten verringert. Im Laufe der dritten Duma vollzog sich übrigens schon die starke Wendung der Kadetten zu einer Staatspartei, eine Metamorphose, die während der vierten Duma, namentlich mit Kriegsausbruch, sogar äußerst rasch sich entwickelte. Sie wurden neben den Nationalisten die Hauptträger der imperialistisch-panslawistischen Kriegspolitik. Unter Aufgabe wichtiger Parteiforderungen, wie der nach einem verantwortlichen Ministerium, gelang ihnen die Bildung eines Majoritätsblockes, der am 8. September 1915 sich auf ein relativ gemäßigtes Programm einigte. Wer dieses Blockprogramm nun mit der provisorischen Regierung vergleicht, wird unschwer daraus erkennen, daß diese unter dem Drucke der linksstehenden Parteien, der Trudowiken, Sozialdemokraten, vielleicht auch Sozialrevolutionäre sich das Programm dieser Parteien zu zeigen machen mußte. Einmal schon durch ihre Bundesgenossen geprellt, beharren diese Parteien der äußersten Linken vor allem auf der Einberufung einer konstituierenden Versammlung. Daß diese konstituierende Versammlung alle weiter nach rechts als die Kadetten stehenden Parteien weglegen wird, ist nach den

Erfahrungen der ersten zwei Dumas wohl außer Zweifel. Ob die Kadetten sich an der Macht und überhaupt behaupten werden, ist eine Frage, deren Beantwortung davon abhängen wird, wie weit sie sich mit den Forderungen ihrer linken Bundesgenossen identifizieren werden. Da sie in der ersten und zweiten Duma schon einmal diese enttäuscht haben, ist es wahrscheinlich, daß ihnen entsprechend auf die Hände gesehen wird. Es gäbe allerdings noch ein Mittel, diesem Druck zu entgehen, indem sie die Führer der äußersten Linken gefangensetzten und mit Gewalt jede Volksbewegung unterdrückten. Haben sie diese Kraft, dann haben sie für ihre Kriegspolitik, soweit dies der Bürgerkrieg zuläßt, freie Hand. Gelingt ihnen dies aber nicht, dann werden sie zwischen ihrer Kriegspolitik und den Forderungen der äußersten Linken und der hinter ihnen stehenden Volksmassen lavieren müssen, was aber früher oder später auch wieder zum offenen Konflikt führen muß.